

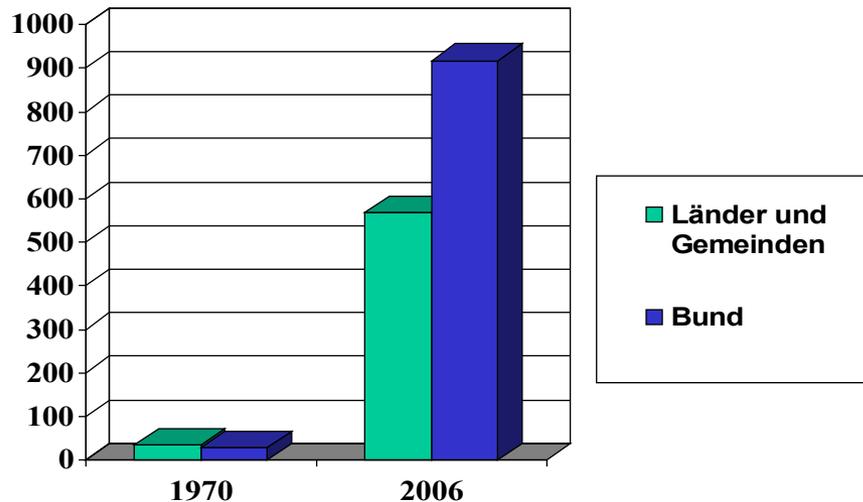
Thema:

Staatsverschuldung in Deutschland

„Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“

(Der Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein im Jahr 1871)

Staatsverschuldung seit 1970



- **Länder und Gemeinden ***

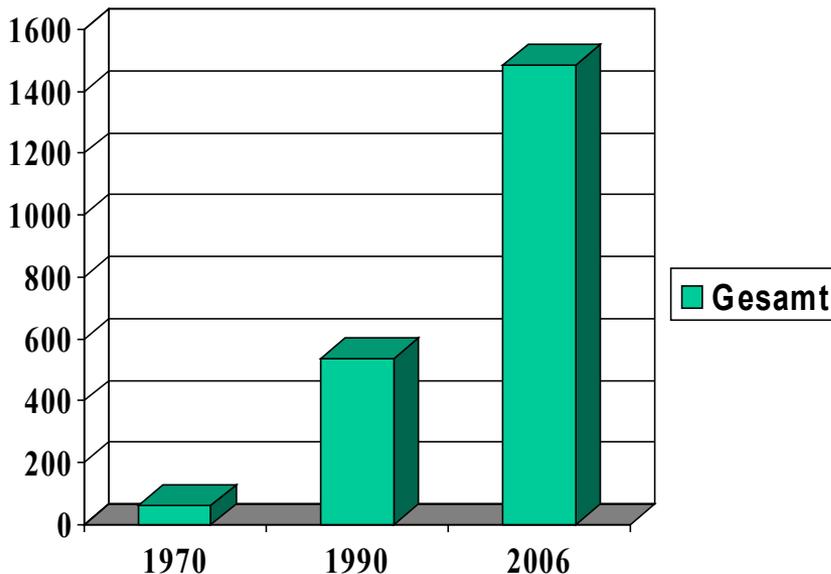
1970: 34,41 Mrd. €

2006: 568,74 Mrd. €

- **Bund einschl. Sondervermögen ***

1970: 28,52 Mrd. €

2006: 916,61 Mrd. €



- **Bund, Länder und Gemeinden kumuliert ***

1970: 62,93 Mrd. €

1990: 536,20 Mrd. €

2006: 1.485,35 Mrd. €

Anstieg seit 1990

949,15 Mrd. €

*) Quelle: jeweils Sachverständigenrat für Wirtschaft (SVR)

Weitere Zahlen und Fakten im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung

→ Volumen des Bundeshaushalts:*

Bundeshaushalt 2007: **270,5 Mrd. €**

→ Nettoneuverschuldung:*

(Bruttoneuverschuldung minus der im selben Zeitraum getilgten alten Schulden)
veranschlagte Nettoneuverschuldung des Bundes 2007: **19,58 Mrd. €**

→ Verteilung des Geldvermögens **

Privates Geldvermögen in Deutschland: **3.730.000.000.000,-- € (3.730 Mrd. €)**
Die oberen 10% der Haushalte verfügen über mehr als 50% des Geldvermögens

→ Auslandsverschuldung:**

ca. 40% der deutschen Verschuldung sind Auslandsschulden
in globaler Sicht ist Deutschland jedoch **Netto-Gläubiger**

→ Schuldenquote am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Anteil der Gesamtverschuldung am BIP: aktuell 67,8 % (Stabilitätspakt: 60 %)

→ Defizitquote am BIP**

Anteil des Haushaltsdefizits am BIP 2006: 1,7 % (Stabilitätspakt: 3%)

→ Trivia ***

Schulden der „hoffnungslos bankrott verschuldeten DDR“ zuletzt: 44,12 Mrd. €
Schulden der Neuen Bundesländer (Länder und Gemeinden, Stand 2005): 88,40 Mrd. €

Quellen: *) Bundesfinanzministerium (Website)

**) Wikipedia „Staatsverschuldung“

***) Karl Mai „Welche Ambivalenzen prägen die Staatsverschuldung“

Bewertung der deutschen Staatsverschuldung

- **Internationaler Vergleich ***

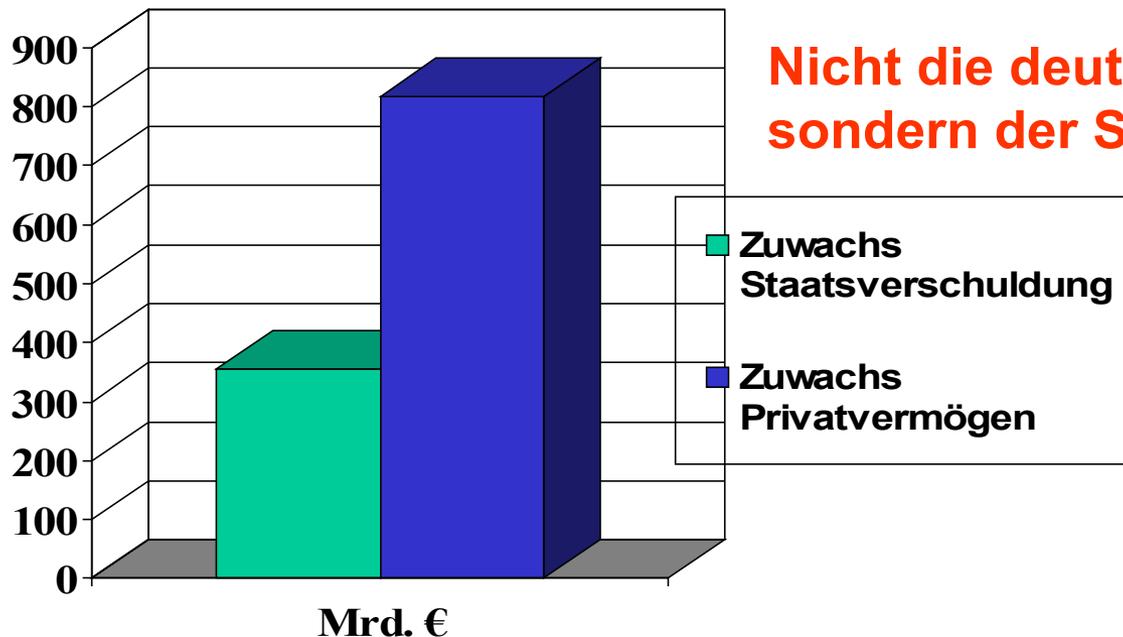
Schuldenquote am Bruttoinlandsprodukt: 67,8 %

damit -1,7 % UNTER dem Durchschnitt der EWU-Ländergruppe

- **Vergleich Staatsschulden / private Vermögenszuwächse von 1998 bis 2005 ****

Zuwachs Staatsverschuldung: 355,89 Mrd. €

Zuwachs Ersparnisse private Haushalte: 817,85 Mrd. €



**Nicht die deutsche Bevölkerung verarmt
sondern der Staat!!!**

Quellen:

*) Sachverständigenrat für Wirtschaft (SVR)

***) Bundesbank, Statistische Sonderveröffentlichungen; entnommen aus Karl Mai „Welche Ambivalenzen prägen die Staatsverschuldung“

Ambivalenzen der Staatsverschuldung

- **Makroökonomische Verteilfunktion**
Konsumtive und investive Verteilung des Bruttoinlandsproduktes
 - Minderung Abfluss auf Globale Finanzmärkte bei eskalierendem privaten Geldvermögen („Überakkumulation“)
 - Umverteilung: Einkommensschwache profitieren überdurchschnittlich von staatlichen Ausgaben
- **Konjunkturpolitische Steuerungsfunktion**
Positivbeispiele:
 - „Globalsteuerung“ der 60er und 70er Jahre
 - US Konjunkturpolitik zu Beginn der 90er JahreNegativbeispiele:
 - Brüningssche Sparpolitik Anfang der 30er Jahre
 - Prozyklische Politik bei Rezessionen 81 / 93
 - Eichelsche SparpolitikKontraproduktiv:
 - Fünf-Milliarden-Limit bei Neuverschuldung *
 - Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- **Entlastung der „Einführungsgeneration“**
jedoch zunehmende Zinslast
- **Zinsfalle**
Zinseszinsseffekt
- **Faktische Unmöglichkeit der Rückzahlung**
selbst bei ausgeglichenen Haushalten wäre der Schuldenstand lediglich eingefroren
 - bereits jetzt sehr niedrige Staatsquote
 - sinkende Steuereinnahmen
 - hohe Investitionen für Infrastruktur
 - hohe Investitionen in Bildung
 - unabsehbar hohe Kosten des Klimawandels
 - hohe Zinsaufwendungen

Wie sollen unter diesen Rahmenbedingungen Schulden zurückgezahlt werden ???
- **Belastung zukünftiger Generationen**
Verschiebung von Kosten ↔ Nutzen

Die „Zinsfalle“

Phasen der Staatsverschuldung *

• Phase 1

Jährliche Netto-Neuverschuldung übersteigt die jährlichen Zinszahlungen

Zwischen 1970 und 1990 übertrafen die kumulierten Netto-Neuverschuldungen noch um 62,5 Mrd. € die kumulierten Zinszahlungen in Deutschland *

• Phase 2

Zinszahlungen übersteigen die sogar noch ansteigenden Netto-Neuverschuldungen

⇒ Wirksam werden der „Zins-“ oder „Schuldenfalle“

Zwischen 1991 und 2005 überstiegen die Zinszahlungen um 208 Mrd. € die gleichzeitige Netto-Neuverschuldung *

⇒ Netto-Neuverschuldung kann die Finanzierungsnot des Staates nicht mehr kompensieren

• Phase 3

???

Auswege aus der staatlichen Finanzierungskrise

- **Nulldefizit**

Lösungsansatz der neoliberalen Finanzpolitik
jedoch *Widerspruch* zur neoliberalen Steuersenkungspolitik

⇒ würde enorme Absenkung der Staatsausgabenquote am BIP (Staatsquote) erfordern.

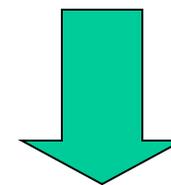
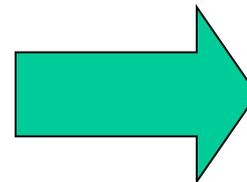
Staatsquote ist 2006 auf 45,6 % weiter gesunken

lediglich 3 der 13 EWU-Länder liegen noch darunter *

„Wer argumentiert, dass die Ausgaben von Bund und Ländern in den letzten zehn Jahren zu stark ausgeweitet worden seien, muss sich fragen lassen, ob eine Volkswirtschaft wie Deutschland mit einer noch niedrigeren Staatsquote in der Lage sein kann, eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Gütern, insbesondere im Bereich der Bildung und der Infrastruktur zu gewährleisten. Schon heute liegt Deutschland bei diesen zentralen Zukunftsinvestitionen weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Länder.“ **

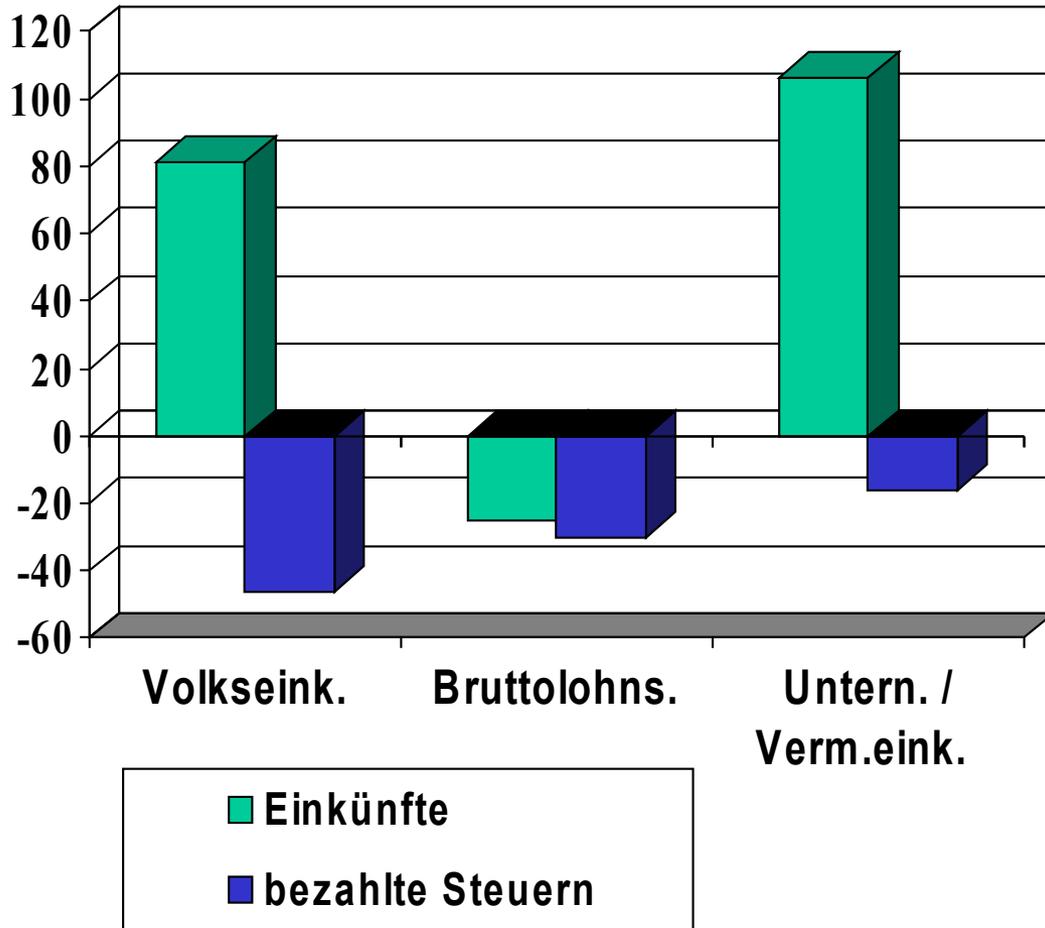
- **Tragfähigkeit der Staatsverschuldung**

„Eine stabile Schuldenstandsquote wird als tragbar bezeichnet, weil sie die **Zahlungsfähigkeit** des Schuldners signalisiert. Das Problem ist demnach nicht die bestehende Verschuldung, sondern ein wachsender **Anteil der Schulden am Bruttoinlandprodukt**.“ ***



• **Verbesserung der Einnahmesituation**

Entwicklung der Einkommen und Steuern 2001-2005



Volkseinkommen: + 81 Mrd. €
 darauf bezahlte Steuern
 und Sozialabgaben: - 46 Mrd. €

Bruttolohnsumme: - 25 Mrd. €
 darauf bezahlte Steuern
 und Sozialabgaben: - 30 Mrd. €

**Unternehmens- und
 Vermögenseinkünfte:** + 106 Mrd. €
 darauf bezahlte Steuern
 und Sozialabgaben: - 16 Mrd. €

(Zahlen jeweils Preisbereinigt)

Bisherige Steuersenkungspolitik (...der SPD)

- **Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 % (bis 1999) auf 42 % (seit 2005)**
gleichzeitig Absenkung des Eingangssteuersatzes von 19,9 % auf 15 %

Steuerausfall:

laut Bundesfinanzministerium kostete alleine die Absenkung von 43 % auf 42 %
2,3 Mrd. € im Jahr *

- **Steuerbefreiung der Gewinne aus Unternehmensverkäufen „Heuschreckenförderung“**
ab 01.01.2002
Steuerausfall: ?

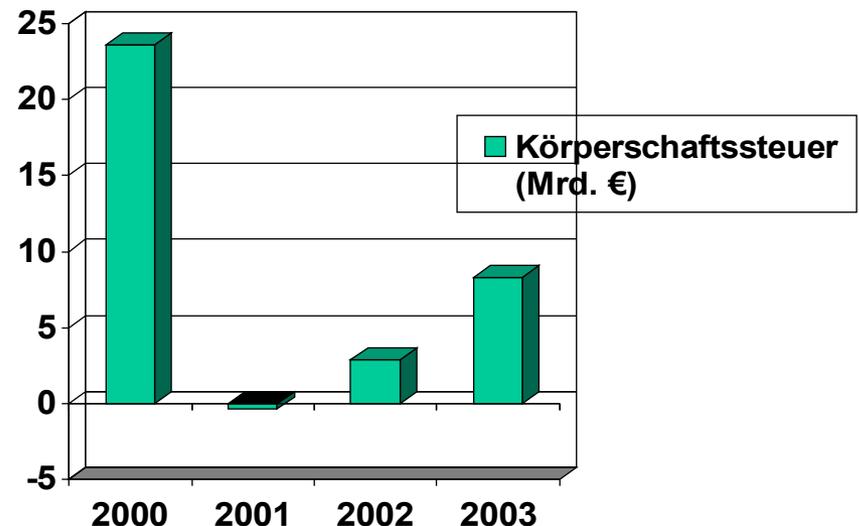
- **Unternehmenssteuerreform 2001 – Absenkung Körperschaftssteuer auf 25 %**
sowie Einführung des „Halbeinkünfteverfahrens“

⇒ Zusammenbruch der Körperschaftssteuer

Einnahmen aus Körperschaftssteuer:

2000:	23,6 Mrd. €
2001:	- 0,4 Mrd. €
2002:	2,9 Mrd. €
2003:	8,3 Mrd. €

Quelle: Bundesfinanzministerium (BMF)



Aktuelle Steuersenkungspolitik (...des SPD Finanzministers)

- **Unternehmenssteuerreform 2008** (am 25.05.2007 vom Bundestag verabschiedet) *

Ziele:

- Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften wird ab 2008 weiter gesenkt
- Entlastung von Personengesellschaften durch niedrigeren Steuersatz auf einbehaltene Gewinne
- ➔ Senkung des bisherigen Körperschaftssteuersatzes von 25 % auf **15 %**
- ➔ Sondersteuersatz von 28,25 % für einbehaltene Gewinne bei Personenunternehmen
- ➔ 25prozentigen Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne ab 2009
- ➔ ...

Steuerausfälle laut Bundesfinanzministerium:

2008: 6,47 Mrd. € / 2009: 6,72 Mrd. € / 2010: 6,80 Mrd. € / 2011: 5,27 Mrd. €

langfristig: **5 Mrd. €**

Steuerausfälle laut Prof. Jarass: **10 Mrd. €** **

- **Steuerliche Entlastung von Private-Equity-Gesellschaften („Heuschrecken“)** ***

Handelsblatt vom 25.06.2007:

„Koalition legt bei Private Equity nach...

... Der **Steuerausfall** soll deutlich **unter einer Mrd. Euro** liegen...

... der endgültige Referentenentwurf zum Private-Equity-Gesetz bereits Mitte dieser Woche vorgestellt werden...“

Quellen: *) Wikipedia – „Unternehmensteuerreform 2008 in Deutschland“

**) Unternehmenssteuerreform 2008 - Kosten und Nutzen der Reformvorschläge,, - Lorenz Jarass / Gustav M. Obermair

***) Handelsblatt.com – 25.06.2007 – Koalition legt bei Private Equity nach